

Bekannte Konfliktwirkungen von Umweltveränderungen

3

3.1 Stand der Konfliktforschung im Kontext von Umwelt und Sicherheit

Die Erforschung der Bedingungen, unter denen miteinander konkurrierende politische Akteure entweder kooperieren oder Konflikte austragen, gehört seit jeher zu den Kernaufgaben der Politikwissenschaft. Im Politikfeld Sicherheit hat sich die Kriegsursachenforschung als wichtiger Forschungsstrang im Grenzbereich der politikwissenschaftlichen Teildisziplinen der vergleichenden Politikanalyse und der internationalen Beziehungen etabliert. Sie beschäftigt sich mit der Frage, welche Faktoren die Entstehung und Verschärfung von Kriegen und bewaffneten Konflikten beeinflussen und unterscheidet dabei zwischen Konflikten innerhalb von Staaten und Gesellschaften einerseits und Konflikten zwischen Staaten andererseits. Die Kriegsursachenforschung hat umfangreiche Daten darüber zusammengetragen, welche Staaten und Gesellschaften besonders anfällig für bewaffnete Konflikte sind, und kann sich auf eine Reihe empirisch gefestigter Grundannahmen stützen.

Obwohl historische Beispiele für den Zusammenhang von Umweltveränderungen und Konflikten existieren (Kasten 3.1-1), wurde dem Faktor Umwelt bisher keine große Bedeutung beigemessen. Allerdings hat sich in den vergangenen fünfzehn Jahren außerhalb der Kriegsursachenforschung ein eigenständiger Forschungszweig entwickelt, der sich ganz gezielt der Wechselwirkungen zwischen Umweltdegradation und Gewaltkonflikten annimmt. Im Folgenden werden die Forschungskontroversen ebenso wie die zentralen, weitgehend übereinstimmenden empirischen Erkenntnisse der Umweltkonfliktforschung überblicksartig dargestellt (Kap. 3.1.1). Diese spezifischen Erkenntnisse werden mit Ergebnissen der Kriegsursachen- und Konfliktforschung zusammengeführt (Kap. 3.3). Daraus können dann relativ gesicherte Aussagen zu Ursachen und Mechanismen der Konfliktentstehung im Kontext massiver Umweltveränderungen gemacht werden. Sie dienen sowohl zur Erstellung der Konfliktkonstellationen

(Kap. 6) als auch als Grundlage zur Identifizierung kritischer Regionen (Kap. 7).

3.1.1 Die Umweltkonfliktforschung

Die Anfänge der wissenschaftlichen Erforschung so genannter Umweltkonflikte lassen sich bis in die frühen 1970er Jahre zurückverfolgen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung und systematische Untersuchung der bis dahin vagen Annahmen über die kausalen Zusammenhänge von Umweltdegradation und Konflikteskalation setzte jedoch erst in den 1990er Jahren ein. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts kam es zusätzlich zu einer Dynamik, die über die gesamten 1990er Jahre hinweg anhielt und durch die breite Aufmerksamkeit für das Konzept der menschlichen Sicherheit und die Fachdiskussion um eine allgemeine „Versicherheitslichung“ der internationalen Politik (Waever, 1995) zusätzlich befördert wurde.

Aus dem Kreis der international etablierten Konfliktforschung haben sich insbesondere vier Gruppen eingehend mit der Relevanz umweltpolitischer Probleme für die Entstehung und Ausprägung bewaffneter Konflikte befasst. Zu den Pionieren zählen die so genannte Toronto-Gruppe um Homer-Dixon und die Zürich-Gruppe, die aus dem von Bächler und Spillmann an der ETH Zürich begründeten Environment and Conflicts Project (ENCOP) hervorgegangen ist. Beide Gruppen haben insbesondere in den frühen 1990er Jahren die vermuteten Zusammenhänge von Umweltdegradation und Konflikteskalation empirisch überprüft. Aus der Kritik an den Arbeiten sowohl der Toronto- als auch der Zürich-Gruppe entwickelten sich ab Mitte der 1990er Jahre zwei weitere Ansätze. Deren Hauptvertreter sind zum einen die quantitativ arbeitende Oslo-Gruppe um Gleditsch und zum anderen das im kalifornischen Irvine angesiedelte Global Environmental Change and Human Security Project (GECHS) von Matthew, das auf die Adaptionfähigkeit menschlicher Gesellschaften fokussiert.

Kasten 3.1-1

Historische Klima- und Umweltveränderungen und ihre Auswirkungen auf den Menschen

Klimamodelle sehen Meeresspiegelanstieg, Sturmfluten, Überschwemmungen und großen Dürren voraus, langfristig sind sogar extreme Phänomene wie ein Versiegen des Nordatlantikstroms denkbar. Das erscheint zunächst unreal. Dabei hat es vergleichbare Ereignisse in der Menschheitsgeschichte schon gegeben: Extreme Änderungen des Meeresspiegels, massive Dürrezeiten, große Sturmfluten und weiträumige Landverluste sind Teil der Klimageschichte der letzten 100.000 Jahre. Von Vulkanausbrüchen abgesehen erfolgten diese Veränderungen allerdings stets relativ langsam, so dass den betroffenen Gesellschaften ausreichend Zeit zur Verfügung stand, sich den Veränderungen anzupassen. Dennoch werden, gestützt auf archäologische Funde, viele Umweltveränderungen mit Völkerwanderungen und dem Untergang von Hochkulturen in Verbindung gebracht. Ob und inwieweit diese Klima- und Umweltveränderungen vor tausenden von Jahren aber tatsächlich auch in Konflikte und Kriege mündeten, kann aufgrund fehlender schriftlicher Belege nicht abschließend beurteilt werden. Die Informationslage für das Mittelalter und die Neuzeit ist dagegen besser. Hier finden sich Hinweise auf massive gesellschaftliche Spannungen.

MEERESSPIEGELANSTIEG AN DER NORDSEE

Im Mittelalter führte ein stetiger Anstieg des Meeresspiegels an der deutschen und niederländischen Nordseeküste zu beträchtlichen Verlusten wertvollen Kulturlands. Ursache war nicht nur ein globaler Meeresspiegelanstieg durch die Ausdehnung des Meerwassers und das Abschmelzen von Gletschern, sondern auch ein geologisch bedingtes Absinken des südlichen Nord- und Ostseeraums sowie die Setzung und Auswaschung junger Sedimentschichten. Der Meeresspiegelanstieg war stets ein langsamer Prozess, der nicht unmittelbar zu größeren Landverlusten führte. Diese wurden vielmehr abrupt durch winterliche Sturmfluten verursacht, die tief ins Landesinnere vordrangen und die Küstenlinie nachhaltig veränderten. Bei solchen Ereignissen kam es ab 1200 zu einer Serie großer Fluten wie der Julianenflut 1164, der Marcellusflut 1219 (ca. 10.000 Tote), der Luciaflut 1287 (ca. 50.000 Tote) und der zweiten Marcellusflut 1362 (ca. 100.000 Tote). Auch wenn Historiker über die genauen Opferzahlen teilweise streiten, gelten massive Auswirkungen auf die Bevölkerung als unbestritten. So führten die Sturmfluten zu den Einbrüchen von Dollart und Jadebusen in Ostfriesland und zur Entstehung der Halligen als Überreste einer großen zusammenhängenden Landfläche in Nordfriesland (Liedtke und Marcinek, 2002). Nach den ersten Katastrophen reagierte die Bevölkerung mit einer Verlagerung der Wohnsiedlungen auf künstlich angelegte Erdhügel (Wurten). Damit setzte ein jahrhundertelanger und bis heute andauernder Anpassungsprozess ein. Wie aus der mittelalterlichen Rechtssammlung des Sachsenspiegels hervorgeht, wurde die kollektive Organisation des Küstenschutzes mit drastischen Maßnahmen erzwungen. Wer nicht bereit war, in gemeinschaftlicher Arbeit den Küstenschutz zu verbessern, wurde gewaltsam von seinem Land entfernt und enteignet. Die mutwillige Beschädigung

von Deichanlagen wurde mit dem Tode bestraft. Die rigorosen Deichbaubestimmungen führten wiederholt zu Spannungen in der Bevölkerung und Arbeitsniederlegungen. Ab ca. 1500 gelang es der Bevölkerung, die Landverluste auszugleichen und den Trend sogar umzukehren (Kramer, 1989). Dennoch sah sich nach der Sturmflut von 1634 ein Viertel der Bevölkerung gezwungen, die Region dauerhaft zu verlassen. Sturmfluten stellen bis heute eine Gefahr für die Bewohner der deutschen und niederländischen Nordseeküste dar. Die letzten größeren Sturmflutkatastrophen ereigneten sich 1953 (Hollandflut, ca. 1.300 Tote) und 1962 (Hamburgflut, ca. 300 Tote).

DIE KLEINE EISZEIT (ETWA 1550–1850)

Seit dem 14. Jahrhundert kam es weltweit zu einer langsamen, unregelmäßigen Abkühlung des globalen Klimas, die eine mittelalterliche Warmphase mit relativ mildem Klima in vielen Teilen der Nordhalbkugel beendete. Wirklich spürbar wurde diese sogenannte Kleine Eiszeit in Mitteleuropa ab dem Winter 1564–65. In den folgenden drei Jahrhunderten kam es zu mehreren Kaltphasen mit langen, schneereichen Wintern und kühlen, kurzen Sommern. Die Durchschnittstemperaturen lagen während der Kleinen Eiszeit in vielen Gebieten knapp 1°C unter dem Durchschnitt des 20. Jahrhunderts. Die letzte, abrupt einsetzende Kaltphase der Kleinen Eiszeit wurde durch den Ausbruch des indonesischen Vulkans Tambora im Jahre 1815 eingeleitet. Bei diesem größten Vulkanausbruch der letzten 2.000 Jahre gelangte so viel vulkanische Asche in die Stratosphäre, dass sich das globale Klima für mehrere Jahre veränderte. Besonders 1816 ging als das „Jahr ohne Sommer“ in die Geschichte ein, mit sommerlichen Schneefällen in Nordeuropa und im amerikanischen Nordwesten. Die klimatischen Veränderungen führten in großen Teilen Europas zu einer Häufung von Missernten mit entsprechenden Auswirkungen auf die Preise von Getreide und weiteren Produkten (Lamb, 1995; Bauernfeind und Woitek, 1999; Landsteiner, 1999). Zu den historisch feststellbaren Auswirkungen im Bereich der Nahrungsmittelproduktion gehört auch eine Abnahme der Fischereierträge in der Nordsee aufgrund südwärts gerichteter Wanderungsbewegungen beispielsweise des Kabeljau. Vor allem in gebirgigen Gebieten kam es zu Einbußen bei der Weidewirtschaft, mit Folgen für die Nahrungsmittelerzeugung. Die allgemeine Verschlechterung der Ernten führte zu Mangelernährung. Abgesehen von Hungersnöten war damit auch eine erhöhte Anfälligkeit gegenüber Grippe- und Pestepidemien die Folge. Vor allem in den Alpen und in den gebirgigen Regionen Nordeuropas führten Hungersnöte, aber auch der Vorstoß von Gletschern und der damit verbundene Landverlust, zu Abwanderung in tiefer gelegene Gebiete. Jedenfalls mittelbar dürfte die klimabedingte Verschlechterung der Lebensumstände auch zur großräumigen Migration in die Neue Welt beigetragen haben. Durch Mitverursachung von Teuerungsschüben, Hungersnöten und Epidemien führten die klimatischen Bedingungen der Kleinen Eiszeit gemeinsam mit anderen Faktoren zudem zur Verschärfung sozialer Probleme. So wird unter anderem ein Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und der seit dem 15. Jahrhundert einsetzenden Hexenverfolgungen hergestellt, indem in einer durch Naturkatastrophen hochgradig verletzlichen Gesellschaft eine Art kollektive Hysterie ausgebrochen sei (Behringer, 1999).

3.1.1.1

Die Toronto-Gruppe um Homer-Dixon

Das Toronto Project on Environment and Acute Conflict untersucht, ob und wie umweltbedingter Stress akute Konflikte sowohl innerhalb als auch zwischen Staaten verursacht. Um herauszufinden, wie durch Umweltprobleme induzierte Konflikte verlaufen, führte die Toronto-Gruppe qualitative Fallstudien zu Konflikten in Entwicklungsländern durch, in denen sie einen besonders engen Zusammenhang zwischen Umweltstress und akutem Konflikt vermutete. Homer-Dixon und Kollegen konzentrierten sich auf Umweltprobleme, die auf die Knappheit erneuerbarer Ressourcen und Umweltdienstleistungen zurückzuführen sind. Dabei wurden sechs Typen von Umweltveränderungen in den Blick genommen: Klimawandel, Abbau der stratosphärischen Ozonschicht, Degradation von Agrarland, Entwaldung, Degradation von Wasservorräten sowie Erschöpfung von Fischbeständen. Die Knappheit erneuerbarer Ressourcen nimmt somit eine zentrale Rolle in der Forschung der Toronto-Gruppe ein. Neben den Umweltveränderungen wirken Bevölkerungswachstum und ungleiche soziale Verteilung auf die Verfügbarkeit der Ressourcen ein. Verknappungen führen zunächst zu sozialen und wirtschaftlichen Problemen, die dann bestehende Konflikte eskalieren lassen können.

Die Toronto-Gruppe identifiziert zwei besonders häufig auftretende Konfliktmuster, die sich aus den Wechselwirkungen zwischen den genannten Ursachen von Ressourcenknappheit ergeben können. So kommt es erstens zur Aneignung von Ressourcen, wenn in einem Staat bei wachsender Bevölkerung und abnehmenden Ressourcen mächtige Bevölkerungsgruppen die Ressourcenverteilung zu ihren Gunsten beeinflussen. Zweitens kommt es zu ökologischer Marginalisierung, wenn Bevölkerungswachstum und ungleiche Verteilung zu Abwanderung in ökologisch fragile Regionen führen, was oft Umweltdegradation und Verarmung nach sich zieht. Beide Muster begünstigen zwei Typen innerstaatlicher Konflikte. Wenn Ressourcenknappheit, z.B. in Folge der Übernutzung landwirtschaftlicher Nutzflächen, umfangreiche Migration auslöst, können durch die Mobilisierung unterschiedlicher Gruppenidentitäten der Migranten und der Einheimischen Konflikte entstehen. Außerdem können Aufstände oder sogar Bürgerkriege ausbrechen, wenn Ressourcenknappheit zu wirtschaftlichem Niedergang führt und dabei zentrale soziale und staatliche Institutionen geschwächt werden.

Ein direkter Zusammenhang zwischen Ressourcenknappheit und der gewalttätigen Eskalation von Konflikten konnte nicht nachgewiesen werden.

Jedoch weisen die Studien der Toronto-Gruppe darauf hin, dass umweltbedingte Ressourcenknappheit im Wechselspiel mit politischen, ökonomischen und sozialen Faktoren durchaus zur konfliktträchtigen Destabilisierung von Staaten und Gesellschaften führen kann und dass die Zerstörung und Verknappung von Umweltressourcen bereits in vielen Entwicklungsländern zur Dynamik gewaltsamer Konflikte beigetragen hat. Darüber hinaus konnte die Toronto-Gruppe zeigen, dass bei innerstaatlichen Konflikten um Fischbestände, Wälder, Wasser und Agrarland die Eskalationsgefahr relativ höher war als bei globalen Problemen wie Klimawandel und Ozonabbau. Ein Zusammenhang zwischen Ressourcenknappheit und zwischenstaatlichen Konflikten konnte mit Ausnahme von Wasserkonflikten nicht belegt werden (Homer-Dixon, 1990, 1991, 1994, 1999).

3.1.1.2

Die Zürich-Gruppe um Bächler und Spillmann

Das ENCOP-Projekt legte 1996 einen Abschlussbericht vor, der ebenfalls auf qualitativen Fallstudien basiert (Bächler et al., 1996; Bächler und Spillmann, 1996a, b). Untersucht wurden Entwicklungsländer, in denen sowohl Umweltprobleme als auch bewaffnete Konflikte zu beobachten sind.

Die Grundannahme des ENCOP ist, dass Umweltveränderungen indirekt zu Konflikten führen können, indem sie vorhandenes sozioökonomisches Konfliktpotenzial bis hin zu gewaltsamer Eskalation verschärfen. Konflikte sind demnach in erster Linie sozial bzw. politisch motiviert und keine unumkehrbare Folge von Umweltveränderungen. Die umweltbedingte Verschärfung von Konflikten ist vielmehr ein Symptom der Modernisierungskrise, die in vielen Ländern mit der Transformation von der Subsistenz zur Marktwirtschaft einhergeht.

Ziel des ENCOP war insbesondere die Erstellung einer Konflikttypologie, welche die Art der Umweltdegradation mit den sozioökonomischen Folgen und den betroffenen Konfliktparteien verknüpft. Aus der Analyse von 40 Umweltkonflikten wurden so die Kategorien Zentrum-Peripherie-Konflikte, ethnopolitisierte Konflikte, regionalisierte, grenzüberschreitende und demographisch verursachte Migrationskonflikte sowie internationale Wasserkonflikte und Fernwirkungskonflikte entwickelt.

Die ENCOP-Typologie zeigt, dass letztlich andere Kontextfaktoren als die Wirkungen von Ressourcendegradation darüber entscheiden, ob konkurrierende Akteure statt einer friedlichen eine gewaltsame Konfliktlösung suchen. Zu den wichtigsten sozioökonomischen Einflussfaktoren, die umweltbedingte Konflikte begünstigen, zählt die Zürich-

Gruppe dabei den Mangel an gesellschaftlichen Konfliktregulierungsmechanismen, die Instrumentalisierung der Umweltdegradation für gruppenspezifische Interessen, Gruppenidentitäten, die Organisation und Bewaffnung der Konfliktparteien sowie die Überlagerung durch einen historischen Konflikt. Die Typologie wurde von der ENCOF-Gruppe in zwei Folgeprojekten mit dem Ziel angewandt, geeignete Kooperations- und Managementverfahren in konfliktträchtigen Situationen am Horn von Afrika (ECOMAN) und im Nilbecken (ECONILE) zu entwickeln (Bächler, 1998).

Auf den Forschungsarbeiten des ENCOF aufbauend, gründeten Spillmann und Bächler 2001 das National Centre of Competence in Research (NCCR) North-South als ein breit angelegtes Forschungsprogramm, das die Eingrenzung der Syndrome globalen Wandels zum Ziel hat. Neben einer systematischen Analyse der im Spannungsfeld zwischen Umwelt und gesellschaftlicher Entwicklung liegenden Kernprobleme sollen insbesondere Möglichkeiten der Problembewältigung identifiziert werden. Die insgesamt 30 im Rahmen des NCCR North-South definierten Kernprobleme werden in fünf Kategorien eingeteilt. So sind z.B. Kernprobleme wie Regierungsversagen oder die schwache geopolitische Stellung eines Landes in der Kategorie „politisch-institutionelle Kernprobleme“ zusammengefasst. Des Weiteren wurden die Kategorien „soziokulturelle und ökonomische Kernprobleme“, „Bevölkerung, Lebensraum und Infrastruktur“, „Dienstleistungen und Landnutzung“ sowie „biophysikalische und ökologische Kernprobleme“ gebildet. Diese Kategorien werden in Fallstudien angewandt, um die relative Gewichtung einzelner Kernprobleme innerhalb einer Region zu identifizieren. Im Rahmen des vorliegenden Gutachtens diente die Kategorisierung des NCCR als Grundlage der Erstellung einer Weltkarte der Umweltkonflikte (Kap. 3.2).

3.1.1.3

Die Oslo-Gruppe um Gleditsch

Unter Federführung von Gleditsch entwickelte sich am International Peace Research Institute Oslo (PRIO) aus der kritischen Auseinandersetzung mit den Arbeiten aus Toronto und Zürich ein eigenständiger quantitativer Forschungsansatz. Dieser will sowohl der Überkomplexität der qualitativen Modelle als auch den Defiziten bei der Fallauswahl entgegenwirken, insbesondere der Tendenz, vor allem Länder mit akuten Ressourcenkonflikten zu untersuchen (Gleditsch, 1998). Robuste Aussagen über den Einfluss verschiedener Faktoren auf bewaffnete Konflikte können demnach nur dann getroffen werden,

wenn Fälle, in denen Ressourcenkonflikte gewaltsam ausgetragen werden, mit solchen verglichen werden, in denen eine gewaltsame Eskalation ausbleibt. Politische, ökonomische und kulturelle Variablen sind demzufolge gegenüber Umweltfaktoren noch stärker zu gewichten als in den Modellen aus Toronto und Zürich (Hegre et al., 2001). Explizit wird ferner der der Toronto-Gruppe inhärente „Neo-Malthusianismus“ kritisiert, wonach zunehmender Bevölkerungsdruck in Verbindung mit Ressourcenknappheit zu Konflikteskalation führt. Demgegenüber argumentiert die Oslo-Gruppe, dass ein Überfluss an Ressourcen eher zu gewalttätigen Konflikten führt, weil sich z.B. auch Rebellengruppen über die Ausbeutung natürlicher Ressourcen finanzieren.

Wie zuvor die Studien der Toronto-Gruppe und des ENCOF bestätigen die quantitativen Studien der Oslo-Gruppe grundsätzlich einen Zusammenhang zwischen Umweltproblemen und bewaffneten Konflikten (Hauge und Ellingsen, 1998; Diehl und Gleditsch, 2000). Zugleich betont dieser Ansatz aber deutlich stärker, dass Umweltstress nur eine von mehreren Variablen ist, die dazu beitragen kann, dass Konflikte eskalieren. Während Umweltfaktoren wie Entwaldung, Bodendegradation oder Wasserknappheit das Risiko innerstaatlicher Gewaltkonflikte zwar erhöhen, bleiben ökonomische und politische Faktoren maßgeblich, um den Ausbruch bzw. die Intensität solcher Konflikte erklären zu können (Hauge und Ellingsen, 1998). Zudem ist denkbar, dass so genannte Umweltkonflikte letztlich auf Entwicklungsprobleme zurückzuführen sind, weil die Faktoren Entwaldung, Bodendegradation und Wasserknappheit stark mit Armut verknüpft sind.

3.1.1.4

Die Irvine-Gruppe um Matthew

Am Center for Unconventional Security Affairs der University of California in Irvine entstand unter der Leitung von Matthew das Global Environmental Change and Human Security Project (GECHS). Ausgehend vom Konzept der menschlichen Sicherheit werden hier die Auswirkungen von Umweltveränderungen auf Individuen und Gesellschaften erforscht. Die Kritik der Irvine-Gruppe an der bisherigen Umweltkonfliktforschung zielt dabei auf eine theoretische Neuausrichtung, die stärker auf die langfristige Anpassungsfähigkeit von Menschen und Gesellschaften fokussiert. Der bisherigen Forschung mangelt es vor allem an qualitativen Zugängen zum Thema Umwelt und Konflikt. So bedarf es einer Erweiterung der Methoden und Instrumente beispielsweise in Form interdisziplinärer Zusammenarbeit, dem Einbezug der Konflikt- und Kooperati-

onsforschung sowie Mikroanalysen, um die wesentlichen Zusammenhänge und Wirkungen besser zu verstehen. Darüber hinaus fehlt es auch an quantifizierbarer empirischer Forschung zur Relevanz des demographischen Faktors, der Frage, ob eher Ressourcenüberfluss oder Ressourcenknappheit konfliktträchtig sind und ob Umweltdegradation statt konfliktverschärfend nicht sogar eher kooperationsfördernd wirkt.

Darüber hinaus betont die Irvine-Gruppe die Rolle von „Netzwerk-Bedrohungen“ für die zukünftige Umweltsicherheitsforschung. Darunter werden transnationale Bedrohungen von Sicherheit verstanden, die durch ein informelles, transnationales Netz individuellen Verhaltens entstehen, wie beispielsweise im Fall des Klimawandels die Entscheidung über die eigene Energienutzung (Matthew und Fraser, 2002; Matthew und McDonald, 2004; Matthew et al., 2004). Laut Matthew und Kollegen kann die Umweltkonfliktforschung zu einer besseren Politikberatung beitragen, indem sie Umweltschutzstrategien identifiziert, die kooperationsfördernd wirken, umwelt- und entwicklungspolitische Ansätze integriert, Umweltsicherheit bei der Städteplanung und -entwicklung berücksichtigt, das Verständnis von Umweltpolitik in Post-Konflikt-Situationen vertieft sowie die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit politischer Interventionen bewertet.

3.1.1.5

Die deutsche Forschungslandschaft und der syndromanalytische Ansatz des WBGU

In der deutschen Konfliktforschung wurde die internationale Debatte um eine Erweiterung des Sicherheitsbegriffs gerade auch im Hinblick auf eine Versicherheitlichung der Umweltpolitik kritisch begleitet (Daase, 1991, 1992; Brock, 1992, 1998) und ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auch von der auf das Politikfeld Umwelt spezialisierten Forschung aufgegriffen. Exemplarisch dafür sind die Arbeiten von Carius und Kollegen (Carius und Lietzmann, 1998; Carius et al., 1999, 2001; Carius, 2003; Carius und Dabelko, 2004) sowie insbesondere auch der maßgeblich von Biermann, Petschel-Held und Rohloff (1998) entwickelte syndromanalytisch-konflikttheoretische Ansatz.

Dieser innovative Ansatz basiert auf einer Kombination des unter Federführung des WBGU vor allem am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) entwickelten syndromanalytischen Ansatzes mit dem Konflikt-Simulations-Modell (KOSIMO) des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung, wobei quantitative als auch qualitative

Methoden herangezogen werden. Die so vom WBGU identifizierten 16 Syndrome globaler Umweltveränderungen bezeichnen spezifische dynamische Muster von Mensch-Umwelt-Interaktionen, welche in ihrer Summe die Hauptprobleme des Globalen Wandels erfassen (WBGU, 1996, 1998, 2000).

Durch die Verknüpfung mit dem KOSIMO-Ansatz können diese Syndrome als Beispiele für potenziell konfliktträchtige Umweltsituationen mit den vorliegenden empirischen Befunden korreliert werden. Auf diese Weise konnte vor allem die Relevanz des Sahel-Syndroms für gewaltsame innerstaatliche Konflikte bestätigt werden. Die entsprechende Auswertung der KOSIMO-Datenbank deutet auf eine deutliche Korrelation zwischen gewalttätig ausgetragenen sozialen Konflikten und dem für das Sahel-Syndrom typischen Teufelskreis aus zunehmender ländlicher Verarmung, Intensivierung der Landwirtschaft auf niedrigem Niveau und schwindenden natürlichen Ressourcen hin. Tatsächlich sind überdurchschnittlich viele der von der Dynamik des Sahel-Syndroms stark betroffenen Staaten auch von inner- oder zwischenstaatlichen Gewaltkonflikten betroffen, wobei der deutlichste Zusammenhang bei den Sahel-Anrainern Senegal, Niger, Algerien, Burkina Faso und Mali beobachtet wurde. Es fehlen allerdings Studien beispielsweise über die Mongolei, wo eine hohe Kritikalität des Sahel-Syndroms nicht zur gewaltsamen Eskalation von Konflikten geführt hat. Annahmen über eine hohe Wahrscheinlichkeit zwischenstaatlicher „Wasserkriege“ konnten hingegen durch den syndromanalytisch-konflikttheoretischen Ansatz nicht eindeutig bestätigt werden (Carius et al., 2006).

Insgesamt betrachtet lässt sich mit diesem Ansatz die Konfliktträchtigkeit spezifischer Syndrome einschätzen. Anders als beispielsweise im induktiv arbeitenden ENCOF-Projekt der Zürich-Gruppe werden die als kritisch bewerteten Umweltsituationen nicht von beobachteten Konflikten her ermittelt und typisiert, sondern unabhängig von den Konflikten. Da somit auch solche Umweltsituationen einbezogen werden, die als kritisch gelten können, ohne zu Konflikten geführt zu haben, wird es überhaupt erst möglich, plausible Aussagen über die Wahrscheinlichkeit umweltinduzierter Konflikte zu treffen (Carius et al., 2006). Dies stellt einen erheblichen Fortschritt gegenüber der bisherigen Umweltkonfliktforschung dar und unterstreicht den besonderen Wert interdisziplinärer Forschung bei der Analyse von Umweltveränderungen im Kontext globaler Politikprozesse.

3.1.1.6

Grundsätzliche Kritik an der Umweltkonfliktforschung

Parallel zur Entwicklung des beschriebenen empirisch-analytischen Forschungszweigs wurden in der wissenschaftlichen Debatte auch kritische Stimmen laut, welche die Thematisierung ökologischer Probleme im Rahmen sicherheitspolitischer Diskurse ganz grundsätzlich in Frage stellen (Deudney, 1990, 1991; Brock, 1992; Levy, 1995). So argumentieren zum Beispiel Daase oder Brock, dass überfrachtete Konzepte wie etwa ökologische Sicherheit weder als Mittel zur wissenschaftlichen Beschreibung noch zur Erklärung neuer konfliktrelevanter Entwicklungen taugen. Die analytische Unschärfe solcher Ansätze steht der empirischen Unterscheidungsfähigkeit entgegen, setzt einschlägige Politikfelder gleich und suggeriert darüber hinaus eine Identität von Eigen- und Allgemeininteresse (Daase, 1992, 1996; Brock, 1992, 1997, 2004). Ökologische Sicherheit ist demnach weniger eine theoretische Innovation als vielmehr eine Leerformel, die unterschiedliche politische Agenden bedient. Die Diskussion um ökologische Sicherheit kann so insbesondere der Legitimation neuer militärischer Einsatzbereiche dienen, das Akzeptanzproblem der Streitkräfte mindern und repressive Tendenzen im Politikfeld Innere Sicherheit befördern. Neben der präventiven Konfliktregelung ist das Bestreben um ökologische Sicherheit somit auch ein Mittel zur Legitimierung von Gewalt. Die Kritiker plädieren stattdessen für eine Friedens- und Konfliktforschung, die den Begriff der Sicherheit vermeidet, um der politischen Instrumentalisierung des Konzeptes vorzugreifen und der Komplexität des Umweltwandels besser gerecht werden zu können.

Fundamentale Kritik an der Idee ökologischer Sicherheit wurde auch im Rahmen des Nord-Süd-Diskurses geäußert, in dem auf eine unangemessene „Kolonialisierung von Umweltproblemen“ durch den Sicherheitsdiskurs hingewiesen wurde (Barnett, 2000; Dalby, 2002). Die Literatur zur ökologischen Sicherheit suggeriert aus Sicht dieser Kritiker, dass vom unterentwickelten Süden eine physische Bedrohung für den wohlhabenden Norden ausgehe, wonach Bevölkerungsexplosion, Migration und Ressourcenverknappung notwendigerweise zu Verteilungs- und Interessenkonflikten führe, die nur militärisch zu lösen seien. Die Industrieländer stünden dabei im Verdacht, derartige Bedrohungsszenarien auszunutzen, um gegen den „unzivilisierten“ Süden vorzugehen und die eigenen Grenzen abzuschotten. Hier werde demnach deutlich, dass ökologische Sicherheit weniger der Sicherheit der Menschen vor Ort, als vielmehr den nationalen Interessen der indus-

trialisierten Welt verpflichtet sei. Die tatsächlichen Ursachen und die Verursacher der Umweltprobleme ebenso wie die großen Ungerechtigkeiten bei der globalen Nutzung und Verteilung der natürlichen Ressourcen würden vielmehr im Sinn einer Absicherung des machtpolitischen Status quo verschleiert.

Nicht zuletzt bemängeln die Kritiker auch die Prämisse, dass Umweltveränderungen überhaupt zu Konflikten führen müssen. Dieser einseitige Fokus verhindert eine genauere Betrachtung der Prozesse und Anpassungsmechanismen und führt daher unweigerlich zu einer Dramatisierung der Problematik. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang insbesondere auch ein der Debatte inhärenter Determinismus. Dieser suggeriert, dass die Umwelt als solche Konflikte auslösen kann, welche jedoch immer nur als Produkte komplexer sozialer Beziehungen zu begreifen sind (Hagmann, 2005). Es bedarf daher einer grundsätzlich anderen Forschungsausrichtung: weg vom Krieg, hin zum Frieden; weg vom Konzept der Sicherheit, hin zum Konzept der Nachhaltigkeit; weg von einseitigen und deterministischen Betrachtungen, hin zu holistischen Analysen.

3.1.1.7

Kernbefunde der Umweltkonfliktforschung

Die Literatur, die grundsätzlich die sicherheitsbezogene Herangehensweise an die Umweltproblematik in Frage stellt, verweist explizit auf die Ambivalenz der konzeptionellen Verknüpfung von Umwelt und Sicherheit und auf das Potenzial zur politischen Instrumentalisierung. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur kritischen Selbstreflexion politikrelevanter Forschung und kann die theoretischen Ansätze der empirischen Umweltkonfliktforschung sinnvoll ergänzen. Jenseits dieser grundsätzlichen Einwände gegenüber der Umweltkonfliktforschung und teilweise scharfen Kritik an den Prämissen und Methoden lässt sich ein erhebliches Maß an Übereinstimmung in den zentralen Forschungserkenntnissen feststellen:

- **Multikausalität:** Alle Ansätze betonen die Multikausalität der jeweils beobachteten Konflikte. Es besteht demnach ein Konsens, dass Umweltdegradation stets nur eine von mehreren komplex zusammenhängenden Konfliktursachen darstellt, wobei Umweltdegradation nur selten das für den Konflikt maßgebliche Element zu sein scheint.
- **Lokalität:** Es herrscht ein Konsens über die Lokalität der als Umweltkonflikte in Betracht kommenden Auseinandersetzungen. Es handelt sich ganz vorwiegend um innerstaatliche Konflikte und selbst dort, wo sie als grenzüberschreitende Konflikte einzuordnen sind, sind es in der Regel keine

klassischen zwischenstaatlichen Konflikte im Sinn großflächiger Kriege zwischen Staaten, sondern regional begrenzte Auseinandersetzungen, beispielsweise zwischen Anliegern eines Grenzgewässers.

- **Problemlösungsfähigkeit:** Schließlich betonen alle Ansätze die zentrale Rolle der Problemlösungsfähigkeit des Staats und der jeweiligen Gesellschaften bezüglich der Entstehung bzw. Bewältigung von Konflikten: Wo politische und soziale Institutionen schwach ausgebildet sind, ist die Konfliktwahrscheinlichkeit relativ höher. Zukünftige Krisenherde werden deshalb vor allem in Ländern und Regionen vermutet, die hinsichtlich ihrer Problemlösungskapazität als problematisch eingestuft werden.

Umweltprobleme als unmittelbare Kriegsursache, d.h. „Umweltkriege“ als äußerste Form zwischenstaatlicher Konflikte, sind bisher nicht beobachtet worden. Ein Nachweis über eindeutige kausale Zusammenhänge zwischen Umweltveränderungen und gewaltsamen zwischenstaatlichen Konflikten konnte bisher zumindest nicht erbracht werden. Augenfällig sind zudem Beispiele, in denen die Lösung von Umweltproblemen zu konstruktiv-kooperativem Verhalten zwischen grundsätzlich verfeindeten Parteien geführt hat (z.B. Wassernutzung zwischen Israel und Palästina oder ägyptisch-israelische Zusammenarbeit im Rahmen des Mediterranen Aktionsplans). Dass Umweltdegradation destabilisierende und somit konfliktfördernde Auswirkungen haben kann, ist damit jedoch keinesfalls ausgeschlossen und bleibt plausibel, wie sich auch anhand verschiedener Konflikte aus der jüngeren Vergangenheit zeigen lässt.

3.2

Weltkarte bisheriger Umweltkonflikte

3.2.1

Ressourcenkonflikte um Land, Boden, Wasser und biologische Vielfalt

Auf der Grundlage von 73 empirisch gut erfassten Konflikten, die sich im Zeitraum zwischen 1980 und 2005 ereignet haben und bei denen Umweltprobleme bezüglich Wassernutzung, Landnutzung, biologischer Vielfalt und Fischressourcen eine zentrale Rolle spielten, wird eine Weltkarte mit Umweltkonflikten der jüngeren Vergangenheit vorgestellt (Abb. 3.2-1). Sie illustriert das für den Konflikt relevante Umweltproblem, die geographische Verteilung der 73 Fälle sowie deren Intensität. Mit Blick auf die Intensität wird vereinfachend zwischen vier Ausprä-

gungsformen unterschieden: (1) diplomatische Krisen; (2) Proteste, die gewaltförmig sein können; (3) Gewaltkonflikte nationaler Tragweite; (4) Konflikte, die durch systematische, kollektive Gewaltanwendung gekennzeichnet sind. Bei der Interpretation der Karte ist Vorsicht geboten, verallgemeinerbare Aussagen sind nur schwierig zu treffen. Es lässt sich aber zum Beispiel erkennen, dass in Europa ausschließlich diplomatische Krisen beobachtet wurden, d.h. keiner der erfassten Interessenkonflikte um Umweltgüter gewaltsam eskalierte (Carius et al., 2006).

Mit Blick auf die konfliktverursachenden Umweltprobleme zeigt sich, dass Bodendegradation und Wasserknappheit eng miteinander verzahnt sind (Houdret und Tänzler, 2006). Zur besseren Visualisierung wurden Konstellationen, in denen Bodendegradation oder Landnutzungskonflikte beobachtet wurden, unter einer Kategorie zusammengefasst. Ferner wurden Staudammprojekte dieser Kategorie zugeordnet, wenn sie mit Umsiedlungsmaßnahmen und Landbesitzverlusten einhergingen. Auch wenn Staudammprojekte häufig Wasserknappheit nach sich ziehen, zählen sie doch in erster Linie zu den Landnutzungskonflikten (Carius et al., 2006).

Zur Veranschaulichung werden hier einige Beispiele aus Zentralamerika und der Karibik sowie aus Afrika erwähnt. So fällt mit Blick auf die der Konflikteskalation zugrunde liegenden Ressourcenproblematik auf, dass es sich in Zentralamerika ganz überwiegend um Landnutzungskonflikte handelt (Abb. 3.2-2). Teilweise waren diese mit umfassenden Vertreibungen und der Abholzung von Wäldern verbunden. In drei der für die Region erfassten sieben Konflikte kann dabei von systematischer bzw. kollektiver Gewalt gesprochen werden. In El Salvador kamen dabei 70.000, in Guatemala etwa 200.000 Menschen ums Leben. Der Konflikt um Landnutzungsrechte in El Salvador ist vor dem Hintergrund der Konfliktgeschichte von El Salvador und Honduras zu sehen und veranschaulicht exemplarisch die Multikausalität der Konflikte. Die Konfliktentwicklung verdeutlicht ferner, wie sich Konflikte um eine bestimmte Umweltressource räumlich ausdehnen und auch internationalisieren können (Carius et al., 2006).

Auch in den südamerikanischen Beispielen geht es vielfach um Landkonflikte, die dort eng mit dem Problem der Bodendegradation zusammenhängen und teilweise auch durch den Verlust biologischer Vielfalt überlagert werden. Das betrifft vor allem indigene Bevölkerungsgruppen (Carius et al., 2006).

In Afrika wiederum weisen die meisten der insgesamt 22 erfassten Fälle deutliche Zusammenhänge von Bodendegradation und Wasserverknappung auf (Abb. 3.2-3). Beide Formen der Umweltveränderung wirken als Treiber von Binnenmigration, was in manchen Fällen zu einem „Export“ von Konflikten in

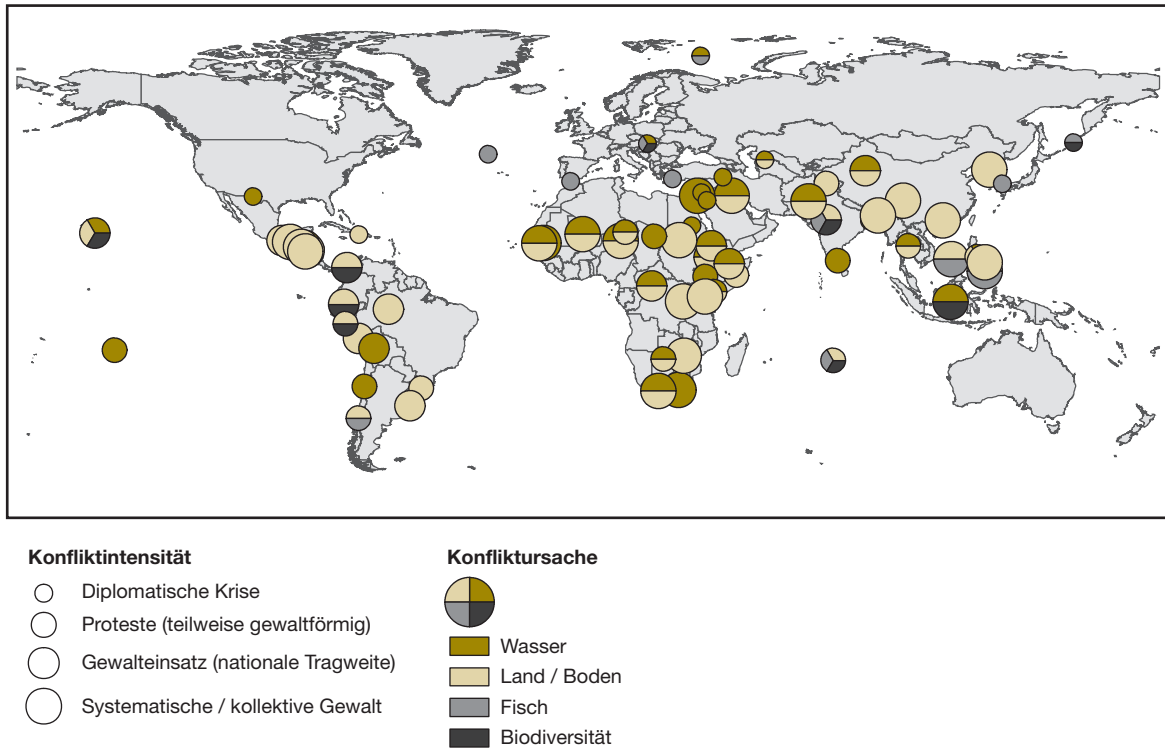


Abbildung 3.2-1
Weltkarte von Umweltkonflikten (1980–2005): Ursachen und Intensität.
Quelle: Carius et al., 2006

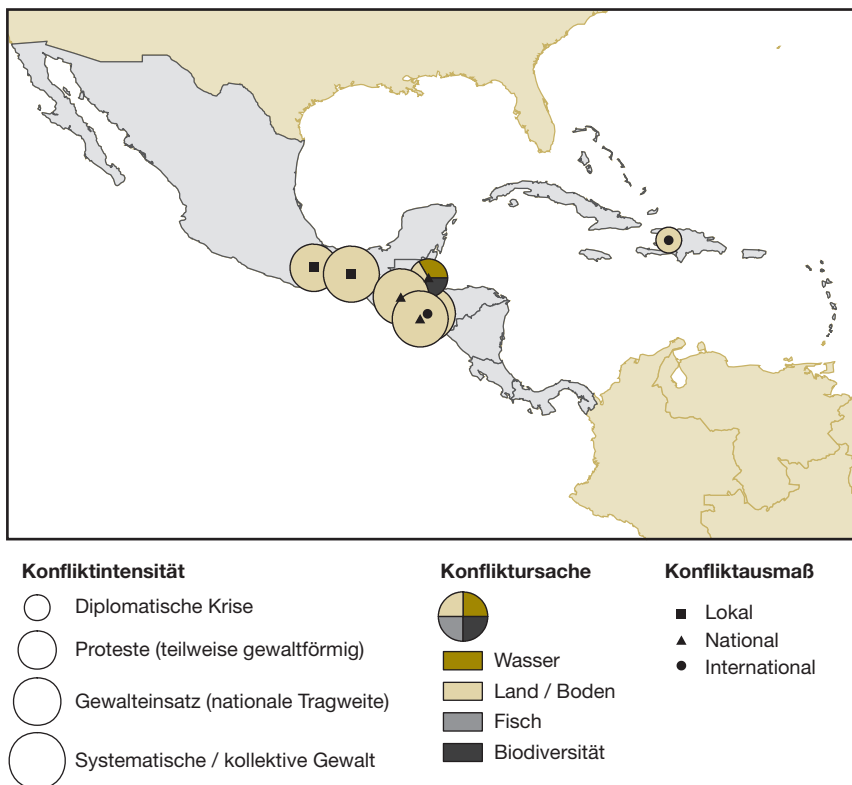
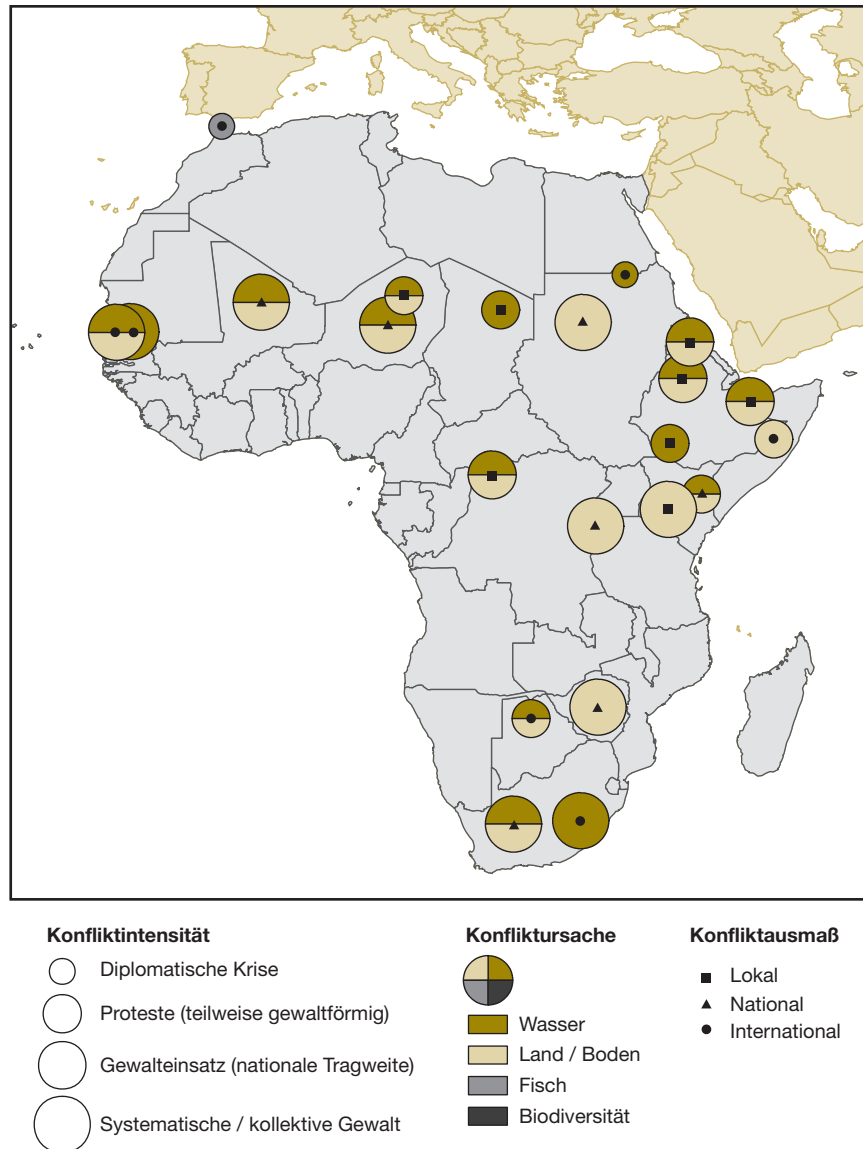


Abbildung 3.2-2
Umweltkonflikte in Zentralamerika und der Karibik (1980–2005).
Quelle: Carius et al., 2006

Abbildung 3.2-3
Umweltkonflikte in Afrika
(1980–2005).
Quelle: Carius et al., 2006

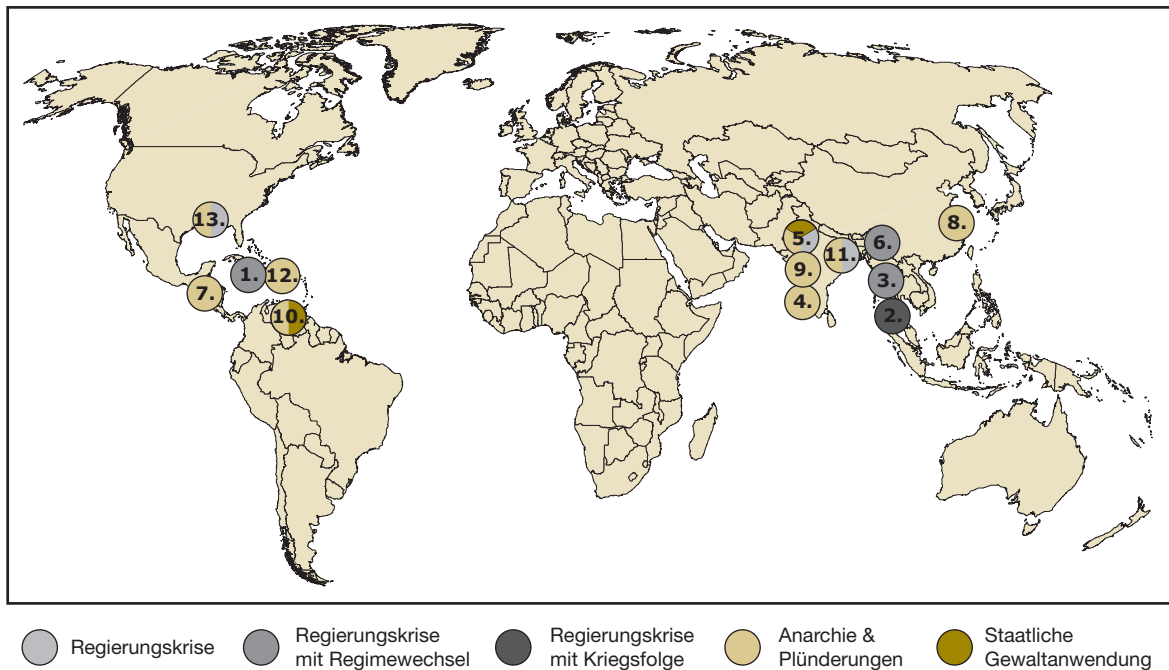


angrenzende Länder und Regionen geführt hat. Derartige Konflikte finden sich verteilt über den gesamten Sahelraum, wobei es vielfach zum Einsatz systematischer und kollektiver Gewalt kam. Als ein wichtiger Faktor für die in dieser trockenen Region typischen Konflikte konnten Landverteilungsfragen bzw. ungerechte Landverteilung identifiziert werden (Carius et al., 2006).

3.2.2 Konfliktwirkung von Sturm- und Flutkatastrophen

In Anbetracht der steigenden Risiken durch Sturm- und Flutkatastrophen wurde untersucht, in welchen historischen Fällen solche Katastrophen posi-

tive oder negative Auswirkungen auf den Verlauf von Konflikten hatten. Hierfür wurde die Datenbank des Collaborating Centre for Research on the Epidemiology of Disasters (CRED, 2006) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nach allen Sturm- und Flutkatastrophen seit 1950 mit mindestens 1.000 Todesopfern als Grundlage genommen. Es konnten 171 Fälle identifiziert werden, die anhand von Zeitungsberichten, Fachliteratur aus der Katastrophenforschung und historischen Arbeiten auf ihre Konfliktwirksamkeit untersucht wurden. Trotz überaus lückenhafter Informationslage bei Katastrophen vor Mitte der 1990er Jahre, konnten 12 Sturm- und Flutkatastrophen eindeutig in Zusammenhang mit der Verschärfung von Konflikten, gewalttätigen Unruhen und/oder politischen Krisen gebracht werden.

**Abbildung 3.2-4**

Sturm- und Flutkatastrophen mit Destabilisierungs- und Konfliktfolgen.

* In diesen Fällen führten Katastrophen zu einer Verschärfung bereits bestehender Spannungen.

Quelle: WBGU

- 1*. **Hurrikan Hazel in Haiti, 1954:** Die Veruntreuung internationaler Hilfsgelder führte zu weit verbreitetem Unmut in der Bevölkerung. Als in dieser Situation der Präsident den Versuch unternahm, seine Amtszeit zu verlängern, kam es zum Generalstreik und der Ausrufung des Kriegsrechts. Der Präsident war schließlich gezwungen, das Land zu verlassen. Es folgte ein einjähriges politisches Chaos.
- 2*. **Taifun in Ostpakistan, 1970:** In Ostpakistan (heute Bangladesch) fielen einem Taifun 300.000 Menschen zum Opfer. Die Unzufriedenheit über mangelnde Hilfsmaßnahmen der Regierung führte zu einer Stärkung der separatistischen Opposition. Die Regierung reagierte mit Repression und Gewalt. Es folgte ein Bürgerkrieg mit ca. 3 Mio. Todesopfern. 1971 wurde Bangladesch unabhängig.
- 3*. **Überschwemmung und Taifun in Bangladesch, 1974:** Zusätzlich zu den 30.000 Todesopfern löste die Vernichtung eines Großteils der Reisernte eine Hungersnot aus. In der ohnehin angespannten politischen Lage rief die Regierung nach den Katastrophen den Notstand aus und begründete eine präsidentiale Diktatur. Im selben Jahr wurde der Präsident vom Militär ermordet. Es folgte eine militärische Übergangsregierung.
4. **Überschwemmung in Orissa (Indien), 1980:** Beim Sammeln von Spenden für Flutopfer entzündete sich ein Konflikt zwischen Studenten und Unternehmern. In der Folge kam es zu schweren Krawallen mit mindestens 34 Verletzten und mehreren hundert Festnahmen.
5. **Überschwemmung in Bihar (Indien), 1987:** Auf die Plünderung von Hilfslieferungen durch Überlebende reagierte die Polizei mit dem Einsatz von Gewalt. Wiederholt wurde mit Knütteln gegen Plünderer vorgegangen. In einem Fall schoss die Polizei in die Menschenmenge. Der Regierung wurde schweres Versagen vorgeworfen.
- 6*. **Überschwemmung in Bangladesch, 1988:** In der Folge der Katastrophe verschärfte sich der Widerstand gegen die Regierung. Es kam zu Unruhen unter der Führung der Oppositionsparteien. Es folgte ein zweijähriges politisches Chaos, das schließlich zum Sturz des Präsidenten führte.
7. **Hurrikan Mitch in Nicaragua und Honduras, 1998:** Aufgrund der schlechten Versorgungslage in den Katastrophengebieten kam es in Nicaragua zur Plünderung von Lebensmitteln. Eine bewaffnete Gruppe drang in eine Lagerhalle mit internationalen Hilfsgütern ein. Die Polizei reagierte mit Festnahmen. In Honduras verhängte die Regierung eine Ausgangssperre und wies die Armee an, uneingeschränkt gegen Plünderer vorzugehen.
8. **Überschwemmungen des Jangtse in Anhui (China), 1998:** Aus offiziellen Verlautbarungen geht hervor, dass ein Abgleiten in anarchische Zustände befürchtet wurde. Die Regierung wies lokale Behörden an, die öffentliche Ordnung mit einer erhöhten Präsenz von Sicherheitskräften aufrechtzuerhalten und Kriminalität schwer zu bestrafen.

9. **Taifun in Orissa und Westbengalen (Indien), 1999:** Ausgehungerte Überlebende plünderten vielerorts Hilfskonvois. Eine Gruppe von Politikern wurde von Überlebenden attackiert, als sie sich ein Bild von der Lage machen wollte. Die Gruppe konnte nur knapp mit ihrem Helikopter entkommen.
10. **Überschwemmungen und Erdbeben in Venezuela, 1999:** Nach einer der schwersten Naturkatastrophen Lateinamerikas kam es vielerorts zu Plünderungen. Zum Schutz von Lebensmittellieferungen feuerten Soldaten Warnschüsse ab. Bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung kam es nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen zur standrechtlichen Erschießung vermeintlicher Plünderer.
11. **Überschwemmungen in Westbengalen (Indien), 2000:** Aufgrund der zögerlichen Verteilung von Hilfslieferungen kam es zu Plünderungen von Zügen, Hilfskonvois, Angriffen auf Helfer und der Entwendung von Lastwagen der Katastrophenhilfe. Um einen Hilfskonvoi zu schützen, feuerten Polizisten Warnschüsse ab. Auf der politischen Ebene kam es zu Schuldzuweisungen gegen die Regierung des Bundesstaats.
12. **Hurrikan Ivan in Haiti, 2004:** Bei der Verteilung internationaler Hilfsgüter kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, Plünderungen von Konvois und der gewalttätigen Entwendung von Lastwagen. Bewaffnete Banden stellten während des gesamten Nothilfeinsatzes ein großes Sicherheitsproblem dar.
13. **Hurrikan Katrina in New Orleans (USA), 2005:** Katastrophenopfer entwendeten vielerorts lebensnotwendige Waren aus Geschäften. Es gab Berichte über Bandenwesen und Gewaltkriminalität. Die öffentliche Ordnung konnte nur mit Hilfe bewaffneter Nationalgardisten wiederhergestellt werden. Das unzureichende Katastrophenmanagement stürzte die Regierung in eine Vertrauenskrise.

ein Ereignis aus dem Jahre 1954 in Haiti dar, der aufgrund von weniger als 1.000 Todesopfern nicht aus dem definierten Analyseraster hervorgeht, aber dennoch ein wichtiges Fallbeispiel darstellt (Abb. 3.2-4).

In mehreren Fällen lösten Sturm- und Flutkatastrophen innenpolitische Krisen aus. Das wohl folgenschwerste Ereignis war in diesem Zusammenhang ein Taifun in Bengalen im Jahr 1970 mit geschätzten 300.000–500.000 Todesopfern. Am stärksten betroffen war das heutige Bangladesch, das zu dieser Zeit Teil des pakistanischen Staatsgebiets war (Ostpakistan) und politisch und militärisch vom Westteil des Landes (Westpakistan) dominiert wurde. Die Unzufriedenheit über mangelnde Hilfsmaßnahmen der pakistanischen Zentralregierung und die scheinbare Indifferenz der politischen Führung gegenüber dem menschlichen Leid führten zu einer Stärkung der oppositionellen separatistischen Bewegung und offen vorgetragenen Unabhängigkeitsbestrebungen. Als 1970 bei den Wahlen zur Nationalversammlung die separatistische Awami League als klarer Sieger in Ostpakistan hervorging, reagierte die Zentralregierung mit massivem Einsatz von Repression und Gewalt. Der folgende Bürgerkrieg forderte schätzungsweise 3 Mio. Todesopfer und führte zur Unabhängigkeit Bangladeschs im Jahre 1971 (Drury und Olson, 1998; Heitzman und Worden, 1989; Jones, 2002). In den Jahren danach durchlebte das Land eine ganze Serie innenpolitischer Krisen, die in den Jahren 1974 und 1988 durch Überschwemmungs- und Sturmkatastrophen so stark verschärft wurden, dass sie zu gewaltsamen Stürzen der Regierung führten (Choudhury, 1994). Ähnliche Vorfälle fanden in Haiti 1954 statt, nachdem Hurrikan Hazel große Teile der Landwirtschaft und die Infrastruktur zerstörte. Auch in diesem Fall führte die innenpolitische

Krise zu einem erzwungenen Regierungswechsel (Drury und Olson, 1998; Metz, 2001).

Auf viele große Sturm- und Flutkatastrophen folgten oft Plünderungen. Zwar dienten diese in den meisten Fällen der Beschaffung lebensnotwendiger Güter wie Nahrung und Kleidung, dennoch kam es verschiedentlich zu Ausbrüchen von Gewalt, wenn Gruppen von Überlebenden versuchten, sich Hilfslieferungen irregulär anzueignen. So drang nach Hurrikan Mitch (1998) in Nicaragua eine bewaffnete Gruppe in eine Lagerhalle mit internationalen Hilfsgütern ein. 1999 wurden in den indischen Bundesstaaten Orissa und Westbengalen nach einem Taifun mehrere Hilfskonvois geplündert (ACT, 2000). Nur ein Jahr später kam es in Westbengalen nach einer schweren Überschwemmung erneut zu ähnlichen Szenen. Dabei wurde Hilfspersonal tödlich angegriffen, und es wurden Fahrzeuge der Katastrophenhilfe entwendet (AFP, 2000; Reuters Foundation, 2000b).

In einigen Fällen eskalierten Plünderungen durch besonders hartes Durchgreifen der Sicherheitskräfte. So ging die Polizei im indischen Bundesstaat Bihar 1987 nach einer Überschwemmung mehrfach gewalttätig gegen Plünderer vor und schoss in die Menschenmenge (Sahay, 1987). Auch in Venezuela kam es 1999 nach schweren Überschwemmungen und Erdbeben zu anarchieähnlichen Zuständen. Bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung im Katastrophengebiet durch das Militär kam es nach Berichten von Menschenrechtsorganisation zu standrechtlichen Hinrichtungen vermeintlicher Straftäter (Reuters Foundation, 2000a; Amnesty International, 2001).

Zusammenfassend kann man feststellen, dass es in der Vergangenheit durch Sturm- und Flutkatastrophen bereits mehrfach zu gewalttätigen Unruhen,

politischer Destabilisierung und Verschärfung bestehender Konflikte kam. Damit unterscheiden sich Sturm- und Flutkatastrophen von anderen Umwelteinflüssen, bei denen Zusammenhänge mit Konflikten oft umstritten sind. Aus der Analyse geht zudem hervor, dass Sturm- und Flutkatastrophen nie die alleinigen Ursachen von Konflikten sind, sondern vielmehr im Zusammenspiel mit anderen Faktoren (wie z. B. bereits bestehenden innenpolitischen Spannungen) konfliktive Wirkungen entfalten. In Kapitel 6.4 werden die Faktoren, Mechanismen und typischen Abläufe betrachtet.

3.3 Kriegsursachen- und Konfliktforschung

Die zentrale Frage des Gutachtens ist, ob und unter welchen Umständen der globale Klimawandel und dessen Folgen zu sicherheitspolitischen Problemen führen können, d. h. insbesondere, wann globaler Klima- und Umweltwandel zu gewaltsam ausgetragenen Konflikten innerhalb und zwischen Staaten und Gesellschaften führt. Um das Konfliktpotenzial von Umweltwandel weiter spezifizieren zu können, werden nachfolgend die zentralen Faktoren der Kriegsursachen- und Konfliktforschung dargestellt, welche allgemein für die Eskalation oder die Deeskalation von Konflikten als entscheidend gelten. Zusammen mit den Ergebnissen der Umweltkonfliktforschung dienen diese dem WBGU zugleich als Anknüpfungspunkte für die spätere Entwicklung der Konfliktkonstellationen (Kap. 6) und konkreter Handlungsempfehlungen (Kap. 10).

3.3.1 Staatsform, politische Stabilität und Governance-Strukturen

In der Konfliktforschung herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass ein Zusammenhang zwischen der Staatsform und der Anfälligkeit von Staaten gegenüber bewaffneten Konflikten und Kriegen besteht. Demokratien und Autokratien sind demnach deutlich weniger anfällig gegenüber internen gewalttätigen Konflikten als „anokratische“, d. h. partiell demokratische Staaten (Muller und Weede, 1990; Hegre et al., 2001). So kommt es in Demokratien selten zu gewaltsamen Konflikten, weil es oppositionellen Kräften dort erlaubt ist, abweichende Meinungen zu äußern. In Diktaturen sind gewaltsam ausgetragene Konflikte selten, weil deren Staatsapparate Rebellionen in der Regel unterdrücken und so gewaltsame Eskalationen verhindern können. Anokratien lassen weder oppositionelle Meinungsäußerungen zu, noch

sind sie in der Lage, Dissidenten effektiv zu unterdrücken (Fearon und Laitin, 2003). Demnach scheinen sie tendenziell konfliktanfälliger zu sein als autoritäre Staaten.

Unabhängig vom Konsens über die hohe Konfliktanfälligkeit von Anokratien wird in der Kriegsursachenforschung kontrovers diskutiert, ob Demokratien grundsätzlich eine geringere Konfliktneigung aufweisen als Autokratien. Einerseits scheint politische Liberalisierung das Kriegsrisiko zu senken: Demokratien führen zumindest untereinander keine Kriege und gelten unter anderem deshalb im Vergleich zu Autokratien als relativ weniger konfliktanfällig (Hauge und Ellingsen, 1998; Gurr, 2000; Elbadawi und Sambanis, 2000). Andererseits lässt sich zeigen, dass Demokratien genauso häufig von gewaltsamen innerstaatlichen Konflikten betroffen sind wie Autokratien (Fearon und Laitin, 2003; Collier und Hoeffler, 2004). Reynal-Querol (2002) stellte darüber hinaus fest, dass nach einem „The-winner-takes-all“-Mehrheitswahlrecht verfasste Demokratien relativ konfliktanfälliger sind als Demokratien, denen es tendenziell besser gelingt, die Interessen von Minderheiten zu berücksichtigen und Minderheitenrechte zu schützen.

Unabhängig von der jeweiligen politischen Verfasstheit gelten Staaten mit schwach ausgeprägten Governance-Strukturen grundsätzlich als konfliktanfälliger im Vergleich zu Staaten mit starken Governance-Strukturen und konsolidierten Regierungen (Fearon und Laitin, 2003; Lacina, 2004). Dies hängt vor allem mit der effektiven Wahrung des staatlichen Gewaltmonopols zusammen (Kap. 4.2.1). Dabei ist zu betonen, dass starke Governance-Strukturen bzw. -Kapazitäten nicht zwangsläufig mit einer demokratisch verfassten Staatsform korrelieren. Diese Ergebnisse wurden auch von der Umweltkonfliktforschung bestätigt, für die etwa Homer-Dixon (1999) und Bächler (1998) politische Stabilität, Legitimität und Leistungsfähigkeit des politischen Systems mit der Konfliktanfälligkeit korrelierten.

3.3.2 Wirtschaftliche Faktoren

3.3.2.1 Wirtschaftsleistung und Verteilungsgerechtigkeit

Unstrittig ist ferner ein allgemeiner Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung eines Staats und seiner Konfliktanfälligkeit. Insbesondere erhöht ein geringes Niveau an ökonomischer Entwicklung das Konfliktrisiko innerhalb von Gesellschaften (Collier und Hoeffler, 2004; Fearon und Lai-

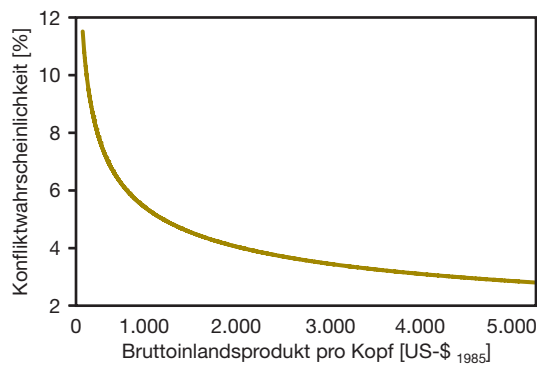


Abbildung 3.3-1

Prognostizierte Wahrscheinlichkeit für das Auftreten neuer Konflikte innerhalb von fünf Jahren in Abhängigkeit vom Pro-Kopf-Einkommen. Die Abbildung zeigt eine über Länder und Zeitpunkte gemittelte Funktion.
Quelle: UN Millennium Project, 2005

schaften (Collier und Hoeffler, 2004; Fearon und Laitin, 2003; Abb. 3.3-1). Einzelne Arbeiten identifizieren das Wirtschaftsniveau sogar als den für die gewaltsame Eskalation von Konflikten entscheidenden Erklärungsfaktor (Hauge und Ellingsen, 1998; Smith, 2004). Das Wirtschaftsniveau kann dabei u. a. über die Wirtschaftsleistung, die Größe des Agrarsektors oder die Anfälligkeit eines Staats gegenüber Preisschwankungen auf den internationalen Märkten erhoben werden (Avery und Rapkin, 1986). Einige Forscher gehen dabei von einem linearen Zusammenhang aus, wonach die Konflikthanfälligkeit eines Staats um so geringer ist, je höher die Wirtschaftsleistung pro Kopf ist (Hauge und Ellingsen, 1998). Andere vermuten hingegen eine nichtlineare Beziehung und betonen, dass Wirtschaftswachstum in sehr armen Ländern politische Instabilität und erhöhte Konfliktwahrscheinlichkeit hervorrufen kann, in wohlhabenderen Ländern jedoch tendenziell das Kriegeisiko reduziert (Gates, 2002).

Dabei werden unterschiedliche Kausalfade diskutiert, um die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichem Entwicklungsniveau und Konfliktwahrscheinlichkeit zu erklären. So weisen Fearon und Laitin (2003) darauf hin, dass ein niedriges BIP pro Kopf in der Regel mit geringen Governance-Kapazitäten des betreffenden Staats einhergeht. Je größer aber die Kapazitäten eines Staats sind, desto effektiver kann er Probleme lösen, etwaige Aufstände unterdrücken und unzufriedene Gruppen einbinden. Collier und Hoeffler (2004) fokussieren auf das Potenzial gewaltbereiter oppositioneller Gruppen, überhaupt einen Aufstand organisieren zu können, was maßgeblich mit deren Zugriffsmöglichkeit auf Ressourcen zusammenhängt. Avery und Rapkin (1986) wiederum betonen, dass politische Destabilisierung vor allem durch die Dynamik internationaler

Märkte, zum Beispiel durch Preisschocks, verursacht wird, deren Auswirkungen durch das Entwicklungsniveau vermittelt werden. Demnach sind Staaten, die vom Export eines einzelnen oder einiger weniger Güter abhängig sind, von sinkenden Weltmarktpreisen besonders stark betroffen und deshalb einer höheren Konflikthanfälligkeit ausgesetzt.

Neben der Wirtschaftsentwicklung sind auch die Teilhabe an öffentlichen Gütern und die Verteilung des wirtschaftlichen Wohlstands konfliktrelevant. Dabei gelten Länder, in denen die Schere zwischen den wohlhabendsten und den ärmsten Bevölkerungsteilen besonders groß ist, grundsätzlich als konflikthanfälliger. Als ein spezifischer Aspekt von Armut und Verteilungsgerechtigkeit ist dabei in den überwiegend landwirtschaftlich geprägten Entwicklungsländern die Frage nach Landrechten und der Konfliktrelevanz unterschiedlicher Landnutzungssysteme besonders zu beachten (Carius et al., 2006).

3.3.2.2

Rohstoffvorkommen

Eine zentrale Rolle für die Wirtschaftsentwicklung spielen auch Vorkommen und Nutzung natürlicher Rohstoffe. Dabei wird bis heute kontrovers diskutiert, ob und unter welchen Bedingungen das Vorhandensein bzw. der Export von Rohstoffen die interne Konflikthanfälligkeit eines Staats beeinflusst. Beispielsweise vertritt de Soysa (2000) die Auffassung, dass reichlich vorhandene erneuerbare Ressourcen in ansonsten armen Staaten sowie nicht erneuerbare Ressourcen in allen Staaten die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte erhöhen. Collier und Hoeffler (2004) gehen dabei von einem nichtlinearen Zusammenhang zwischen dem Verhältnis von Exporten von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen zum BIP eines Landes einerseits und dem Risiko eines Bürgerkriegs andererseits aus. Demnach ist das Konfliktrisiko am größten, wenn die Exporte von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen sich auf etwa ein Drittel des BIP belaufen. Bei einem geringeren Anteil sinkt dieses Risiko. Ist der Anteil hingegen größer, verfügt der Staat in der Regel über ausreichend Kapazitäten, um Rebellionen entweder abzuwehren oder nicht mehr attraktiv erscheinen zu lassen. Le Billon (2001, 2002) geht ferner davon aus, dass Staaten, die in hohem Maß von natürlichen Ressourcen abhängen, einem größeren Konfliktrisiko ausgesetzt sind, weil einige mineralische Rohstoffe wie z. B. Diamanten anfällig für Plünderungen sind. Außerdem kann die Abhängigkeit von Rohstoffen einen verzerrenden Einfluss auf Wirtschaft und Politik haben. Wie unter diesen Voraussetzungen Konflikte gewaltsam ausgetragen wer-

den, hängt dabei von den Zugriffsmöglichkeiten auf die entsprechenden Ressourcen ab.

Eine nach Rohstoffen differenzierte Betrachtung zeigt, dass speziell der Export von Erdöl die Konfliktanfälligkeit tatsächlich zu erhöhen scheint. So zeigen zum Beispiel die Studien von Ross (2004a, b), dass Öl, Mineralien und Drogen die Konfliktwahrscheinlichkeit erhöhen, während zwischen verschiedenen Agrarprodukten und bewaffneten Konflikten kein Zusammenhang erkennbar ist. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass Staaten mit großen Ölvorkommen häufig über schwache Governance-Strukturen verfügen und als „Rentenökonomien“ dazu neigen, andere Wirtschaftssektoren zu vernachlässigen.

3.3.3

Gesellschaftliche Stabilität und Demographie

3.3.3.1

Bevölkerungsentwicklung

Ein wiederkehrendes Thema der Konfliktforschung im Allgemeinen und der Umweltkonfliktforschung im Besonderen sind die vermuteten Zusammenhänge zwischen soziodemographischer Dynamik, Bevölkerungsdichte sowie absoluter Größe der Bevölkerung eines Staats und seiner Krisenanfälligkeit. Hauge und Ellingsen (1998) und de Soysa (2002) konzentrieren sich beispielsweise auf die Konfliktrelevanz der Bevölkerungsdichte und stellen fest, dass Länder mit einer hohen Bevölkerungsdichte anfälliger für gewaltsam ausgetragene Konflikte zu sein scheinen als Länder mit einer geringen Bevölkerungsdichte. Fearon und Laitin (2003) untersuchen hingegen den Einfluss der Bevölkerungsgröße eines Staats auf seine Krisenanfälligkeit und kommen zu dem Ergebnis, dass Staaten mit großen Bevölkerungen einem erhöhten Konfliktrisiko ausgesetzt sind. Zur gleichen Fragestellung haben Collier und Hoeffler (2004) berechnet, dass das Konfliktrisiko proportional zur Bevölkerungsgröße ansteigt, dass aber eine hohe Bevölkerungsdichte weniger mit der Konfliktanfälligkeit korreliert. Erkenntnisse des PRIO besagen ferner, dass ein hohes Bevölkerungswachstum per se nicht konfliktträchtig ist, sondern erst in Kombination mit einer Knappheit nutzbarer Landflächen (Urdal, 2005).

3.3.3.2

Soziokulturelle Zusammensetzung der Bevölkerung

Unklar ist, wie sich der Zusammenhang zwischen der Heterogenität der Bevölkerung eines Staats und der Anfälligkeit für innergesellschaftliche Gewaltkonflikte darstellt. Montalvo und Reynal-Querol (2003) sowie Reynal-Querol (2002) vertreten die Ansicht, dass bestimmte Formen von Bevölkerungsheterogenität die Konfliktanfälligkeit erhöhen. Demnach birgt eine Situation der gesellschaftlichen Polarisierung, in der eine ethnische, sprachliche, kulturelle oder religiöse Mehrheit einer fast ebenso großen Minderheit gegenübersteht, das größte Eskalationspotenzial. Dies gilt insbesondere dann, wenn niedrige Einkommen mit sozialer Ausgrenzung verbunden sind. Ähnlich argumentiert Steward (2004), die auf die Gefahr „horizontaler Ungleichheit“ zwischen regionalen, ethnischen, ökonomischen oder religiösen Gruppen entlang politischer und wirtschaftlicher Dimensionen hinweist. Ob ein hohes Maß an „horizontaler Ungleichheit“ zwischen verschiedenen Gruppen schließlich zu Konflikten führt, wird dabei u.a. durch die Stellung der verschiedenen Gruppen innerhalb der Gesellschaft beeinflusst.

Andere Forschungsarbeiten betonen jedoch, dass die soziokulturelle Vielfalt einer Gesellschaft keinen Einfluss auf die Konfliktwahrscheinlichkeit innerhalb eines Staats hat und möglicherweise sogar die Konfliktwahrscheinlichkeit verringert. So kommen Fearon und Laitin (2003) zu dem Schluss, dass eine größere ethnische, religiöse oder sonstige soziokulturelle Heterogenität nicht mit einer größeren Konfliktwahrscheinlichkeit korreliert. Die Konfliktwahrscheinlichkeit steigt demnach selbst dann nicht, wenn es zu einer Polarisierung zwischen Gruppen kommt oder einzelne Gruppen benachteiligt werden. Collier und Hoeffler (2004) argumentieren, dass nicht Polarisierung an sich die Konfliktanfälligkeit erhöht, sondern vielmehr die Dominanz einer ethnischen Gruppe dafür entscheidend ist. Collier (zitiert nach Smith, 2004) vertritt sogar die Auffassung, dass ethnische und religiöse Fraktionalisierung das Konfliktrisiko senkt. Zusammenfassend verdichtet sich daher die Einschätzung, dass kulturelle und ethnische Differenzen nicht notwendigerweise das Konfliktrisiko erhöhen, grundsätzlich aber für politische Zwecke instrumentalisiert werden können. Die eigentliche Gefahr besteht also in der gezielten politischen Ausnutzung solcher Unterschiede (Lohrmann, 2000). Dass kulturelle und ethnische Spannungen gerade auch in Umweltkonflikten häufig einen wichtigen Kontextfaktor darstellen, unterstreicht auch die Studie von Carius et al. (2006).

3.3.3.3 Konfliktgeschichte

Es besteht ein breiter Konsens, dass Staaten, auf deren Territorium in der jüngeren Vergangenheit ein Krieg oder bewaffneter Konflikt ausgetragen wurde, ein wesentlich höheres Konfliktrisiko tragen als Staaten, auf die dies nicht zutrifft (Gates, 2002; Walter, 2004). Hegre et al. (2001) erklären dies mit der besonderen Schwierigkeit, das für Post-Konflikt-Situationen typische Sicherheitsdilemma aufzulösen. Collier et al. (2003) verweisen ferner darauf, dass wahrscheinlich ein früherer Konflikt andere Risikofaktoren verschärft, welche die Konfliktwahrscheinlichkeit erhöhen. Genannt werden Faktoren wie politische Instabilität, häufige Regimewechsel, geringe Wirtschaftsentwicklung oder eine große, potenziell gewaltbereite Diaspora, die aus dem Ausland unterstützt wird.

Die Analyse zwischenstaatlicher Kriege kommt zu vergleichbaren Ergebnissen. So haben Staaten, die gegeneinander Krieg führen, bereits in der Vergangenheit vermehrt Konflikte gewaltsam ausgetragen. Zwischen zwei Kriegsstaaten scheint also die Wahrscheinlichkeit signifikant zu steigen, dass diese zukünftig wieder gegeneinander Krieg führen (Bremer, 2000). Sozial-konstruktivistische Forschungsansätze erklären diesen Zusammenhang unter anderem damit, dass sich Rivalitäten zwischen Kriegsparteien über feindselige Handlungen reproduzieren (Adler und Barnett, 1998).

ideologische „Infektion“ (Demonstrationseffekt) sowie Gruppensolidarität identifiziert (Buhaug und Gleditsch, 2005). Allerdings gelten nicht alle Konflikttypen als gleichermaßen ansteckend. Während separatistische Konflikte (Buhaug und Gleditsch, 2005) sowie ethnische und andere identitätsbasierte Konflikte (Sambanis, 2001) das Konfliktrisiko in benachbarten Ländern erhöhen, greifen Konflikte um die zentrale Regierungsmacht in der Regel nicht auf Nachbarstaaten über. Zudem gelten nicht alle Staaten als gleichermaßen gefährdet. Kleine, demokratisch verfasste und reiche Staaten scheinen gegen eine Ansteckung weitgehend immun zu sein, während Staaten, die ohnehin ein hohes Konfliktrisiko aufweisen, wesentlich anfälliger sind (Buhaug und Gleditsch, 2005).

Auch zwischenstaatliche Kriege werden ganz überwiegend von Staaten geführt, die eine gemeinsame Grenze besitzen (Vasquez, 2000), wobei die unmittelbare Nachbarschaft zweier Staaten möglicherweise sogar der wichtigste Faktor zur Prognose zwischenstaatlicher Kriege ist (Raknerud und Hegre, 1997). Staaten, deren Territorien aneinander angrenzen, haben grundsätzlich ein hohes Konfliktpotenzial im Hinblick auf Streitigkeiten über natürliche Ressourcen, grenzüberschreitende Migration und andere typische zwischenstaatliche Konfliktgegenstände. Zudem verfügt die Vielzahl kleiner, wenig mächtiger Staaten in der Regel nicht über die Mittel, um Kriege über weite Distanzen führen zu können (Boulding, 1962; Gleditsch, 1995).

3.3.4 Geographische Faktoren

Unbestritten ist auch ein Einfluss geographischer Faktoren auf Risiko und Verlauf sowohl innerstaatlicher Gewaltkonflikte als auch zwischenstaatlicher Kriege. Für „interne“ geographische Faktoren wird angenommen, dass Staaten, deren Gelände über weite Strecken relativ unwegsam ist (z.B. gebirgiges Terrain in Afghanistan und Pakistan), konfliktanfälliger sind als Staaten mit besser zugänglichen Regionen, weil unwegsames Gelände ideale Rückzugsgebiete für Rebellengruppen bietet (Fearon und Laitin, 2003).

In Hinblick auf „externe“ geographische Faktoren sind Staaten mit einem Anrainer, in dem ein bewaffneter Konflikt ausgetragen wird, generell stärker gefährdet als Staaten, auf die dies nicht zutrifft (Ward und Gleditsch, 2002; Buhaug und Gleditsch, 2005), weil hier die konkrete Gefahr einer „Ansteckung“ besteht. Als ursächlich für eine derartige Ansteckung wurden militärische Infiltrierung, Rückzugsgebiete im Nachbarland, Flüchtlingsströme, politische und

3.3.5 Internationale Machtverteilung und Interdependenzen

Von besonderer Bedeutung für die gewaltsame Austragung zwischenstaatlicher Konflikte sind darüber hinaus die Machtverteilung zwischen Staaten sowie der Grad ihrer Interdependenz. So wird weitgehend anerkannt, dass das Risiko eines zwischenstaatlichen Waffenganges zunimmt, wenn die Machtdifferenz zwischen Staaten sinkt. Stabile Machtasymmetrien zwischen zwei Staaten korrelieren deutlich weniger mit zwischenstaatlicher Gewalt als Machtgleichgewichte oder abnehmende Machtungleichgewichte. Dieser empirisch robuste Befund wird dadurch erklärt, dass schwächere Staaten dazu tendieren, bei Interessengegensätzen mit stärkeren Staaten einzulenken. Außerdem beginnen stärkere Staaten in der Regel nur dann Kriege gegen schwächere Staaten, wenn sie davon ausgehen, dass eine Kriegsvermeidung in der Gegenwart gravierende negative Folgen für die Zukunft hat (Geller und Singer, 1998; Russett und Oneal, 2001). Darüber hinaus zeigt sich,

dass Großmächte mit größerer Wahrscheinlichkeit in zwischenstaatliche Kriege verwickelt werden als kleinere, schwächere Staaten.

In einer wachsenden Zahl von Forschungsarbeiten wird die Ansicht vertreten, dass zwischenstaatliche Interdependenzen das Kriegsrisiko reduzieren. Zunehmend besteht Einigkeit darüber, dass wirtschaftliche Interdependenz durch Handel und Kapitalverflechtung konflikthemmend wirkt (Russett und Oneal, 2001; Gartzke et al., 2001). Fraglich bleibt, inwieweit die Verdichtung zwischenstaatlicher ökonomischer Interdependenz auch innergesellschaftlich konflikthemmend wirkt. Wo transnationale Wirtschaftsverflechtungen und -interessen nationale Entwicklungsanstrengungen dominieren und beeinträchtigen, ist auch plausibel, dass Konflikte induziert werden. So vermutet z.B. Wolf (2006) angesichts des Trends zur transnationalen Privatisierung im Wasserbereich, dass lokal eskalierende Wasseraufstände gegen transnationale Unternehmen sehr viel wahrscheinlicher sind als grenzüberschreitende Gewaltkonflikte um Wasserläufe.

Hinsichtlich politischer Interdependenzen unterstützen die empirischen Befunde deutlich institutionalistische Annahmen, wonach Staaten, die Mitglieder der selben internationalen Organisationen sind, weniger häufig gegeneinander Krieg führen als Staaten, die keine oder nur wenige gemeinsame Mitgliedschaften in internationalen Organisationen aufweisen (Russett et al., 1998; Russett und Oneal, 2001). Dies wird insbesondere damit begründet, dass internationale Organisationen das Sicherheitsdilemma der „anarchischen“ Staatenwelt abschwächen. Darüber hinaus steigen mit der Zunahme kooperativer Beziehungen und der Verregelung einzelner Politikfelder die Kosten der Gewaltanwendung, was wiederum die Wahrscheinlichkeit reduziert, dass Konflikte gewaltsam ausgetragen werden.

3.3.6

Zentrale Aussagen der Konfliktforschung

Die Kriegs- und Konfliktforschung hat umfangreiche Daten darüber zusammengetragen, welche Staaten und Gesellschaften besonders anfällig für bewaffnete Konflikte sind, und kann sich inzwischen auf eine Reihe empirisch gefestigter Grundannahmen stützen. Es besteht weitgehend Einigkeit, dass Staaten dann besonders anfällig für gewaltsam ausgetragene innerstaatliche Konflikte sind, wenn mindestens einer, in der Regel aber mehrere der folgenden Faktoren auf sie zutreffen: Sie sind anokratisch (d.h. weder eindeutig demokratisch, noch eindeutig autokratisch) verfasst, verfügen über schwache staatliche Strukturen und Kapazitäten, geringe wirtschaft-

liche Entwicklung, eine große Bevölkerung und/oder hohe Bevölkerungsdichte, sind durch unwegsames Gelände gekennzeichnet, grenzen an ein Nachbarland, in dem ein gewaltsamer Konflikt ausgetragen wird, und/oder haben in der jüngeren Vergangenheit auf ihrem Staatsgebiet selbst gewaltsame Auseinandersetzungen erlebt.

Die Forschung zeigt, dass zwischenstaatliche Kriege vor allem dann wahrscheinlich sind, wenn Interessenkonflikte zwischen demokratisch und autokratisch verfassten Staaten eskalieren, Territorialkonflikte virulent werden, zwischen Staaten ein Machtgleichgewicht besteht (oder ein bestehendes Machtungleichgewicht abnimmt), keine oder nur wenige Interdependenzen zwischen den Konfliktparteien bestehen, es sich um Nachbarländer handelt oder die Krieg führenden Staaten bereits in der Vergangenheit gegeneinander Krieg geführt haben.

3.4

Fazit

Wie aus diesem Überblick deutlich wird, sind die Wirkungszusammenhänge zwischen Umweltbedingungen, Gesellschaft und Konflikt äußerst komplex. Dies liegt an der Vielfalt wechselseitiger Abhängigkeiten zwischen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Faktoren einerseits und ökosystemaren Faktoren wie Wasserverfügbarkeit, Bodenbeschaffenheit und Klimaänderungen andererseits. Dennoch lassen sich in der Summe folgende zentrale Erkenntnisse der Umweltkonfliktforschung festhalten, die zunächst gegen einen teilweise vorherrschenden publizistischen Alarmismus und überstürzten politischen Aktionismus sprechen:

- Eine Eskalation von Gewaltkonflikten, die als genuine „Umweltkonflikte“ zu betrachten wären, ist gegenwärtig nicht zu erwarten.
 - Umweltdegradation kann ein Konfliktfaktor von vielen sein, wesentlich sind aber vor allem sozioökonomische Faktoren und Governance-Probleme.
 - Konflikte, die eine starke Umweltdimension aufweisen, sind in der Regel lokal begrenzt, dabei zum Teil gleichzeitig auch grenzüberschreitend.
- Über die zukünftige, längerfristige Entwicklung kann aufgrund dieser Ergebnisse allerdings wenig gesagt werden. Denn während die wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Klimawandel und dessen mögliche Folgen gewachsen sind, bleiben die Erkenntnisse über die daraus resultierende Gewaltneigung sowohl innerhalb als auch zwischen Staaten weiterhin unklar.

Um zu einer besseren Beurteilung der Sicherheitsrelevanz von Klima- und Umweltwandel zu gelan-

gen, erweitert der WBGU die Debatte um folgende Gesichtspunkte:

- In den bisherigen Arbeiten zu Umwelt und Sicherheit standen lokal oder regional beschränkte Umweltveränderungen wie Bodendegradation, Wasserverknappung oder Ressourcenkonflikte im Vordergrund. Der WBGU hingegen stellt die destabilisierende und potenziell global konfliktwirksamen Einflüsse des Klimawandels ins Zentrum seiner Betrachtung.
- Die bisherige Forschung deckte empirisch den Zeitraum von 1980 bis zur Jahrtausendwende ab. Der neue Blick durch die Brille des Klimawandels erfordert eine Erweiterung des analytischen Zeithorizonts, weil sicherheitsrelevante Verwerfungen durch den Klimawandel voraussichtlich erst in den kommenden Jahrzehnten zu erwarten sind.
- Die bisherigen Arbeiten im Kontext von Umwelt und Sicherheit betrachteten vor allem das Handlungsfeld der Entwicklungszusammenarbeit. Wie auch die Ergebnisse der Kriegsursachenforschung nahe legen, erfordert Konfliktvermeidung aber ein Handeln auf vielen Ebenen und in unterschiedlichen Arenen. Mit Blick auf den Klimawandel betrifft dies nicht zuletzt die internationalen Machtzentren, weil von deren entschlossenem klimapolitischem Handeln zukünftige entwicklungspolitische Erfolge maßgeblich abhängen.
- Die Umweltkonfliktforschung wurde wesentlich von der Politikwissenschaft dominiert. Trans- oder gar interdisziplinäre Kooperation mit natur- und weiteren sozialwissenschaftlichen Disziplinen gab es bisher allenfalls in Ansätzen. Das WBGU-Gutachten nähert sich dem Thema bewusst aus der interdisziplinär angelegten Perspektive der Global Change Forschung.

Sicherheitsrisiko Klimawandel
Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale
Umweltveränderungen (WBGU)
2008, XXII, 268 S., Hardcover
ISBN: 978-3-540-73247-1